

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

### Keine Waffenexporte nach Saudi-Arabien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Saudi-Arabien ist eine verbrecherische Autokratie, die Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler laut Amnesty International inhaftiert und foltert. Für den Mord am Journalisten Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Generalkonsulat in Istanbul vor vier Jahren macht die UNO-Sonderberichterstatterin Agnès Callamard den saudischen Kronprinz Mohammed bin Salman verantwortlich, der Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch im Land Ende September 2022 mit Handschlag empfing.

Saudi-Arabien führt einen Krieg im Jemen, der eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt befeuert. Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) wirft der Militärkoalition von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) „Angriffe auf zivile Häuser, Märkte, Krankenhäuser und Schulen“ vor. Diese Bombenangriffe seien „Made in Europe“, realisiert mit deutschen, britischen, französischen und italienischen Waffen von Airbus Defence and Space GmbH, Leonardo S.p.A., Rheinmetall AG und BAE Systems Plc. und anderen (<https://www.ecchr.eu/fall/bombenangriffe-made-in-europe/>). Die Feuerpause im Jemen wurde im Oktober 2022 nicht verlängert.

Seit 2014 hat die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition mehr als 24.000 Luftangriffe im Jemen geflogen. Die UNO geht von mehr als 200.000 in diesem Krieg getöteten Zivilistinnen und Zivilisten aus, davon sind über 100.000 durch indirekte Kriegsursachen wie Hunger und Krankheiten gestorben (Deutschlandfunk 8.3.2022).

Ausgerechnet für die Lieferung von Ausrüstung und Munition für Kampfflugzeuge im Wert von 36 Millionen Euro an Saudi-Arabien hat die Bundesregierung nun eine Exportgenehmigung erteilt. Noch im September 2022 hatte Wirtschaftsminister Habeck sich scheinbar am Koalitionsvertrag und am Wahlprogramm seiner Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN orientiert, die dort festgestellt hatten: „Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich“ und in der Süddeutschen beruhigt: „Klar ist: Waffen gehören nicht an Menschenrechtsverletzer“ (12.9.2022). Diese Aussage kann unter dem Eindruck der jetzt doch erteilten Rüstungsexportgenehmigung der Bundesregierung, mit Zustimmung des Wirtschaftsministers Robert Habeck und der Außenministerin Annalena Baerbock, für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, nur als Bruch mit dem eigenen Programm und der bisherigen Orientierung verstanden werden.

Die Rüstungsgenehmigung widerspricht den Zielen des Koalitionsvertrags zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, in dem geregelt ist: „Wir erteilen keine Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an Staaten, solange diese nachweislich unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Die Lieferung von Waffen an kriegführende Diktaturen widerspricht sowohl einer feministischen als auch einer wertegeleiteten Außenpolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Auslieferung von Kriegswaffen, Rüstungsgütern, einschließlich Ersatzteile und Munition, an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate zu stoppen und die erteilte Genehmigung zu widerrufen.

Berlin, den 11. Oktober 2022

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**